

Pressespiegel



Bruchsal

BNN Bruchsal	<input type="radio"/>	Pforzheimer Zeitung	<input type="radio"/>
BNN Bretten	<input type="radio"/>	Mühlacker Tageblatt	<input type="radio"/>
BNN Kreisseite	<input type="radio"/>	Handelsblatt	<input type="radio"/>
Brettener Woche	<input type="radio"/>	IHK	<input type="radio"/>
Kurier	<input type="radio"/>	Wochenblatt	<input type="radio"/>
www.ka-news.de	<input type="radio"/>	www.bruchsal-xl.de	<input type="radio"/>
www.bruchsal-net.de	<input type="radio"/>	www.Landfunker.de	<input type="radio"/>
www.bruchsal.org.de	<input checked="" type="radio"/>	Amtsblatt Stadt Bruchsal	<input type="radio"/>
Bruchsaler Woche	<input type="radio"/>	www.bak-bretten.de	<input type="radio"/>
		Pforzheimer Rundschau	<input type="radio"/>

Delegiertenversammlung der IG Metall Bruchsal-Bretten tagte:

Die Gewerkschafter schwanken trotz guter Zahlen zwischen Zuversicht und Unbehagen, die Nervosität steigt. Nikolaus Landgraf DGB Landesvorsitzender stelle sich vor

[Pressestelle IG Metall Bruchsal](#)

Montag, 3. Oktober 2011 - 16:53

Der Erste Bevollmächtigte Eberhard Schneider warnte auf der Delegiertenversammlung der IG Metall in Bruchsal daher vor unnötiger Besorgnis: "Die Lage ist deutlich besser als die Stimmung!", deshalb werde man selbstbewusst in die nächste Tarifrunde gehen und zudem gut motiviert den Kampf gegen den Missbrauch der Leiharbeit sowie für die unbefristete Übernahme der Azubis und DHBW Studierenden fortsetzen.

Zum Thema Finanzkrise in der EU betonte Schneider weiter: "Wir brauchen Europa und den Euro." Das zeige sich eindrücklich an den folgenden Zahlen: In Baden-Württemberg seien 830 000 Menschen in der Metall- und Elektrobranche tätig. Was dort produziert werde, gehe zu 56 Prozent in den Export, davon ungefähr die Hälfte in europäische Länder. "Also hängen rund 200 000 Arbeitsplätze direkt am Europa-Export", resümierte Schneider. Wenn Märkte einbrechen und Regierungen milliarden schwere Rettungsschirme aufspannen, während Finanzjongleure weltweit weiter Roulette spielen, dann ist Gefahr im Verzug. Und er weiß, dass Krisen ganz schnell bei den Beschäftigten ankommen können.



V.l.n.r.: Eberhard Schneider - 1. Bevollmächtigter Nikolaus Landgraf - DGB Landesvorsitzender Bruno Nehring - ehrenamtlicher 2. Bevollmächtigter

- bw -

Pressespiegel



Bruchsal

Auf die Tagesordnung der Tarifpolitik sollen neben einer Lohnerhöhung die Übernahme von Azubis nach der Ausbildung und tarifliche Regelungen zu Leiharbeit und Werkverträgen. Außerdem drängt die IG Metall auf die Fortführung der Inhalte des während der Finanz- und Wirtschaftskrise geschlossenen Tarifvertrages "Kurzarbeit, Qualifizierung und Beschäftigung" (KQB).

"Wir sollten die Zeit nutzen, Zukunftsfragen der Branche und ihrer Beschäftigten zu lösen, bevor im kommenden Frühjahr die Frage nach mehr Geld den Blutdruck auf beiden Seiten wieder nach oben treibt", so Schneider. Deshalb wolle man jetzt Lösungen zu Themen suchen. "Es liegt nun am Arbeitgeberverband Südwestmetall, ob deren Lager in der Lage ist, außerhalb einer konfliktären Zuspitzung, zu Lösungen auf dem Verhandlungswege zu kommen."

Deshalb müssten auch die Beschäftigten vom Aufschwung profitieren. "Wir richten uns auf eine offensive Tarifrunde im Frühjahr 2012 ein. Aber es geht uns auch um bessere Chancen für die Jugend und mehr sichere Jobs. Arbeit - sicher und fair. Die Branchen der Metall- und Elektroindustrie brauchen dieses Gütesiegel, um in Zukunft attraktive Arbeitsplätze für Fachkräfte bieten zu können." Der DGB will, dass Grün-Rot ein Erfolgsmodell wird", sagte Nikolaus Landgraf, der sich als neuer DGB Landesvorsitzender vorstellte. Der DGB unterstütze den notwendigen Umbau in Richtung nachhaltigen Wirtschaftens. Dazu gehörten auch gute Arbeit, Mindestlöhne, weniger unsichere Beschäftigungsverhältnisse und ein intensiver Dialog über die zukünftige Industrie- und Dienstleistungspolitik der Landesregierung. Allgemeine und berufliche Bildung seien eine Investition in die Zukunft, so Landgraf. Daran dürfe auch angesichts des gemeinsamen Ziels, die Schulden des Landes zu verringern, nicht gespart werden. "Wir wollen, dass die Menschen von ihrer Arbeit leben können und nicht trotz Vollzeitjobs auf staatliche Unterstützung angewiesen sind", sagte der DGB Landesvorsitzender